

DIE
BÜRGER
IM
BLICK

**Arbeitstagung
der CSU-Landtagsfraktion
vom 19. bis 21. Januar 2016
in Wildbad Kreuth**



Die Bürger im Blick – für eine effektive Sicherheitspolitik

Die sicherheitspolitische Lage ist ernst

Das Jahr 2015 war ein Jahr des Terrors - im Herzen Europas (am 7./8./9. Januar in Paris, am 14./15. Februar in Kopenhagen und sieben Anschläge am 13. November wiederum in Paris) und weltweit (Türkei, Somalia, Mali, Tunesien, Kenia, Kuwait, Nigeria, Ägypten, Libanon).). Auch das kaum begonnene Jahr 2016 wurde bereits durch einen schrecklichen Selbstmordanschlag in Istanbul erschüttert, bei dem 10 deutsche Touristen getötet wurden. Wir verurteilen diese abscheulichen Terrorakte, die so viele Menschenleben gefordert haben, auf das Schärfste. Unsere Anteilnahme gilt den Angehörigen der Opfer.

Vor allem mit den Anschlägen in Paris wurde ein Höhepunkt des Schreckens erreicht. Es handelt sich um einen Krieg gegen alle, die anders leben oder glauben wollen als die Steinzeit-Islamisten des sogenannten Islamischen Staats (IS). Er richtet sich daher gezielt gegen unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung. Der Nährboden dafür ist ein Islamismus dschihadistischer und salafistischer Prägung mit dem Ziel, ein radikales weltweites „Kalifat“, also ein Regime der religiösen Übersteigerung und Menschenverachtung zu errichten, das unsere auf Grundrechten und der individuellen Freiheit des Einzelnen aufbauende Staats- und Gesellschaftsordnung ablehnt. Die europäische Antwort auf die islamistischen Terroristen ist deren Bekämpfung mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln, um den IS und sein sogenanntes Kalifat zu zerstören.

Wir müssen uns bewusst machen, dass wir stärker in das Fadenkreuz terroristischer Aktivitäten gerückt sind als dies noch vor einigen Jahren der Fall war. Die konkreten Terrorwarnungen in Hannover im November und in München in der Silvesternacht sowie der Anschlag in Istanbul haben dies nochmals verdeutlicht.

Diese terroristischen Ereignisse haben die sicherheitspolitischen Herausforderungen des islamistischen Terrorismus noch deutlicher vor Augen geführt:

- Deutschland liegt nach wie vor im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus.
- In Deutschland leben derzeit nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden rund 1.100 gewaltbereite Islamisten, 430 davon sind bereit, schwere Straftaten zu begehen.

- Über 780 Islamisten aus Deutschland, ca. 80 davon aus Bayern, haben sich mittlerweile auf den Weg nach Syrien und in den Irak gemacht, um dort u.a. an Kampfhandlungen teilzunehmen.
- Personen, die ein terroristisches Ausbildungslager absolviert bzw. aktiv an Kampfhandlungen teilgenommen haben, stellen bei einer Wiedereinreise nach Deutschland ein besonderes Sicherheitsrisiko dar. Es ist nicht nur zu befürchten, dass sie bei uns Anschläge verüben, sie beteiligen sich auch an der Anwerbung von neuen „Gotteskrieger“ und lehnen weiterhin die freiheitlich-demokratische Grundordnung und insbesondere die Gleichberechtigung von Mann und Frau ab. Sie stehen damit außerhalb unseres Rechts- und Wertesystems.

Für eine Sicherheitspolitik der Stärke

Nur aus einer Position der Stärke gelingt es, souverän mit der Gefahr von Terroranschlägen umzugehen. Daher stärkt Bayern seit Jahren seine Sicherheitsbehörden. Die bayerischen Sicherheitsbehörden sind angesichts dieser Lage äußerst sensibel und höchst wachsam. Bereits unmittelbar nach den Terrorattacken in Paris wurde in Abstimmung mit dem Bund und den Ländern das bundesweite Konzept „Sofortmaßnahmen bei terroristischen Ereignissen im Ausland“ umgesetzt. Zudem wurden durch die Verbände der Bayer. Polizei die Objekt- und Personenschutzmaßnahmen im Einzelfall überprüft und angepasst, sowie die Verfügbarkeit von Spezialeinheiten erhöht. Lageangepasst wird auch die Polizeipräsenz in Zivil und uniformiert erhöht, vor allem bei Großveranstaltungen.

Die Bayerische Polizei ist in der Lage, nicht nur planbare Großereignisse wie den G7-Gipfel in Elmau vorbildlich zu meistern, sondern auch auf kurzfristige Entwicklungen wie den Terroralarm in München in der Silvesternacht souverän zu reagieren.

Um dies gewährleisten zu können haben wir im Jahr 2015 bereits folgende kraftvolle Maßnahmen ergriffen:

- Vor dem Hintergrund der terroristischen Anschläge in Paris wurden 345 zusätzliche Stellen für die Polizei, vor allem für die verstärkte Schleierfahndung, für die Observation gewaltbereiter Islamisten und die Aufdeckung terroristischer Netzwerke geschaffen.
- 55 Stellen insbesondere für Verfassungsschutz und Steuerfahndung vervollständigen das Paket für die Sicherheitsbehörden.
- Im Doppelhaushalt 2015/2016 sind 47 neue Stellen für die Polizei veranschlagt.
- Außerdem werden 330 neue Polizei-Ausbildungsstellen ausgebracht, um den Nachersatz für Ruhestandseintritte auch bis ins Jahr 2020 vollumfänglich zu gewährleisten.

Insgesamt wurden in den letzten sechs Jahren über 7.800 Nachwuchsbeamte eingestellt.

- Zusätzlich schaffen wir 2016 zur Bewältigung der Flüchtlingskrise 500 zusätzlichen Ausbildungsstellen für Polizeibeamte und 80 Stellen für Tarifbeschäftigte bei der Polizei.
- Bereits im Doppelhaushalt 2013/2014 haben wir 936 neue Stellen für die Polizei und zwar 96 insbesondere zur Intensivierung der Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Cyberkriminalität und 840 Anwärterstellen zum Nachersatz von Ruhestandsabgängen geschaffen. Zudem wurden im Rahmen der Rückführung der Wochenarbeitszeit sowie der Verteilung von 1.000 Stellen für die Bayerische Polizei in den Jahren 2013 und 2014 insgesamt 1.922 Stellen ausgebracht.
- Mit den künftig knapp 41.400 Stellen erreicht unsere Polizei den höchsten Personalstand ihrer Geschichte. Allein im Jahr 2016 können dank der geschaffenen Stellen mehr als 1.400 Beamte neu eingestellt werden. Auch die beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz insgesamt zusätzlich geschaffenen 97 Stellen tragen maßgeblich zur Stärkung der inneren Sicherheit bei.
- Bayern modernisiert die Ausstattung der Polizei. Bereits im Haushalt 2016 hat der Polzeisachhaushalt ein Volumen von rd. 294 Millionen Euro, womit unter anderem auch der Einstieg in die neue Dienstkleidung für die Vollzugsbeamtinnen und -beamten finanziert werden kann. Aufgrund der polizeilichen Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der Bewältigung des Asylbewerberzustroms, aber insbesondere im Zusammenhang mit den terroristischen Anschlägen in Paris, stehen zusätzliche Mittel in Höhe von rd. 57 Millionen Euro im Nachtragshaushalt 2016 zur Verfügung, womit unter anderem IuK-Ausstattung sowie zusätzliche mobile Endgeräte für die Schleierfahndung beschafft und die Schutzausstattung der polizeilichen Einsatzkräfte mittels modular erweiterbaren Aufrüstelementen mit einer deutlich höheren Schutzklasse optimiert wird. Auch wird gezielt bei den Spezialeinheiten investiert, unter anderem auch in speziell gepanzerte Fahrzeuge zur sicheren Bergung von Personen. Außerdem vorgesehen sind eine bessere Ausstattung des Sanitäts- und Betreuungsdienstes sowie neue Einsatzleitwagen für die Örtlichen Einsatzleitungen von Feuerwehr und Katastrophenschutz.
- Weitere 23 Millionen Euro stehen für die Verbesserung von PE-Trainingsräumen und Raumschießanlagen im Rahmen des Sicherheitskonzepts, die Durchführung von Baumaßnahmen (Passau, Regensburg und Ainring), sowie zur Verbesserung der Barrierefreiheit von Polizeidienststellen zur Verfügung.

- Dieses Haushaltsergebnis zeigt deutlich auf, welchen hohen Stellenwert die Innere Sicherheit in Bayern hat. Wer jeden Tag die Sicherheit der Menschen im Freistaat zum Ziel hat, muss dafür auch die Unterstützung aus der Politik erhalten. Das tun wir als CSU-Fraktion unter anderem, indem wir für gute Arbeitsbedingungen sorgen.
- Rechtspolitisch wurde auf Druck Bayerns die Telekommunikationsverbindungsdaten-Speicherung auf Bundesebene gegen den erbitterten Widerstand der Opposition und großen Teilen der SPD endlich wieder eingeführt. Dschihadisten agieren nicht nur mit Bomben und Schusswaffen – sie haben auch das Internet als Kampfgebiet erkannt. Hierauf haben sich Politik und Polizei verstärkt einzustellen. Die Aufklärung virtueller Spuren, wie sie zur Tatvorbereitungen im Internet und über soziale Netzwerke gesetzt werden, darf kein Tabuthema sein. Das Sicherheits- und Polizeirecht soll in diesem Zusammenhang auch auf einen entsprechenden Anpassungsbedarf überprüft werden.

Unsere Forderungen:

Jetzt stehen weitere Maßnahmen an. Daher fordern wir:

1. Wirksame Grenzkontrollen

Unsere Sicherheitsbehörden unternehmen alles, um die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich vor Terrorangriffen zu schützen. Ein wichtiger Baustein ist dabei die verstärkte Sicherung der bayerischen Grenzen, solange ein effektiver Schutz der EU-Außengrenzen nicht gewährleistet ist. Wir erwarten von der Bundespolizei eine lückenlose Kontrolle der Landesgrenzen und eine vollständige Registrierung aller ankommenden Personen. Der Freistaat Bayern hat dem Bund hierzu die Hilfe der bayerischen Polizei angeboten. Die Ablehnung dieses Angebots ist für uns völlig unverständlich.

2. Verstärkung der Schleierfahndung

Eine entscheidende Rolle spielt auch die Schleierfahndung. Das hat nicht zuletzt die Entdeckung eines Fahrzeugs mit mehreren Gewehren und Sprengstoff durch bayerische Polizisten auf der A 8 gezeigt. Wir werden daher die Schleierfahndung in Bayern weiter ausbauen und in Grenznähe sowie auf Bundesstraßen deutlich mehr kontrollieren.

3. Zügige Verabschiedung der Novelle des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes

Bayern setzt auf einen leistungsfähigen Verfassungsschutz. Mit dem novellierten Verfassungsschutzgesetz stellen wir die Handlungsfähigkeit unseres Verfassungsschutzes auch in Zukunft sicher und tragen aktuellen Herausforderungen wie der Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus Rechnung. Zu den zentralen Änderungen gehö-

ren eine enge Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit Polizei- und Sicherheitsbehörden, klare gesetzliche Rahmenbedingungen für den Einsatz von V-Leuten und eine stärkere Harmonisierung der Vorschriften mit Bundesrecht. Zu Recht enthält die Gesetzesnovelle die Befugnis des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz, künftig auf gespeicherte Kommunikationsverbindungsdaten zuzugreifen. Es kann nicht sein, dass unsere Nachrichtendienste weniger wissen als Polizei und Strafverfolgungsbehörden. Bayern ist daher das erste Bundesland, das dem Verfassungsschutz Zugriff auf diese Daten einräumt. Wir setzen damit ein klares politisches Signal und fordern, dass auch der Bund und die anderen Länder diesem Beispiel folgen.

4. Engere Zusammenarbeit im Bund und international, Stärkung der Nachrichtendienste

Die Ermittlungserfolge der vergangenen Jahre beweisen, dass die nationale und internationale Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden, insbesondere auch der Nachrichtendienste, zwingend erforderlich ist.

Wir treten mit Nachdruck für eine Verbesserung dieser Zusammenarbeit ein, vor allem für eine stärkere institutionelle Zusammenarbeit in der EU, z. B. durch eine Stärkung von Europol, Interpol und FRONTEX, genauso wie mit den USA.

Wir stellen uns damit bewusst gegen die falsche Politik anderer Parteien, die diese Zusammenarbeit bzw. die Notwendigkeit von Nachrichtendiensten immer wieder reflexartig in Frage stellen. Eine Schwächung unserer Nachrichtendienste auf Bundes- und Landesebene ist mit uns nicht zu machen, denn nachrichtendienstliche Aufklärung ist für die Verhinderung von Terroranschlägen zwingend erforderlich.

Die Bundesregierung muss auf eine Steigerung der Kontrollintensität an den EU-Außengrenzen und einen verbesserten Informationsaustausch innerhalb der Europäischen Union und mit der Türkei hinwirken, um Ein- und Ausreisebewegungen von Dschihadisten effektiver nachvollziehen zu können.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich die EU-Innenminister darauf geeinigt haben, die Speicherdauer und die Weitergabe der Daten von den Fluggesellschaften an die Mitgliedsstaaten, die Nutzung der Daten in der Strafverfolgung und in der Terrorprävention sowie den Austausch der Daten zwischen den einzelnen Staaten zu regeln, um erfolgte innereuropäische Reisebewegungen besser nachvollziehen zu können.

Auch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland bedarf es einer engen Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder. Der Weitergabe von Erkenntnissen der Nachrichtendienste an die Polizei und umgekehrt dürfen keine hohen Hindernisse in den Weg gestellt werden. Dem mit moderner Kommunikationstechnik

vernetzten internationalen Terrorismus kann nur mit der Vernetzung aller Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden rechtsstaatlich begegnet werden.

5. Dschihadistische Gefährder konsequent bekämpfen

Bekannte dschihadistische Gefährder und Anwerber werden mit größter Sorgfalt durch den Verfassungsschutz und die Polizei überwacht. Auch wir fordern, dass bereits verurteilte Gefährder mit Hilfe einer elektronischen Fußfessel überwacht werden. Personen, die im Ausland für eine Terrormiliz gekämpft haben und eine weitere Staatsbürgerschaft besitzen, muss die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden. Wer sich dem islamistischen Terrorismus im Ausland anschließt, zeigt damit die Abkehr von all unseren Werten und unserer Verfassung.

Mit Sorge beobachten wir, dass insbesondere das Internet und seine sozialen Netzwerke zu Zwecken der gezielten Werbung für Terrorismus und für Propaganda, die maßgeblich zur (Selbst)radikalisierung beiträgt, missbraucht werden.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass gerade die sozialen Netzwerke ein Ort der hemmungslosen Hetze von Radikalen aus allen Richtungen werden.

Für uns steht seit jeher fest: Auch die virtuelle Welt ist kein rechts(verfolgungs)freier Raum. Wir fordern daher, dass Betreiber von sozialen Medien (z.B. Facebook) und sonstigen Kommunikationsdiensten (z.B. Twitter) ihrer Verantwortung nachkommen und eine Weiterverbreitung von gewaltverherrlichenden und extremistischen Inhalten von sich aus umgehend unterbinden. Entsprechende Inhalte sind sofort zu löschen, Konten zu sperren und die Sicherheitsbehörden zwingend zu informieren. Volksverhetzende und beleidigende Begriffe müssen bereits zuvor herausgefiltert werden. Automatisch generierte Propaganda-Inhalte sind durch wirksame Plausibilitätsprüfungen auszuschließen.

Außerdem muss die Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen wieder voll umfänglich unter Strafe gestellt werden. Unterstützern und Befürwortern von Terroristen muss klar sein, dass ein wehrhafter Rechtsstaat ihr Handeln nicht duldet. Es ist nicht hinnehmbar, dass in Deutschland straflos Propaganda verbreitet werden darf, die darauf abzielt, sich mit den Zielen derartiger Vereinigungen zu identifizieren und zu solidarisieren. Bereits im Vorfeld terroristischer Aktivitäten muss daher mit den Mitteln strafrechtlicher Verbote gegenüber den Anbietern terroristischen Gedankenguts vorgegangen werden können.

6. Wirksame Bekämpfung extremistischer Entwicklungen in unserem Land

Gefahr für unseren Rechtsstaat droht jedoch nicht nur von Islamisten. Wir bekämpfen vielmehr jede Art von Extremismus. Mit dem Verbot des „Freien Netz Süd“ ist ein wich-

tiger Schlag gegen die rechtsextreme Szene in Bayern gelungen. Eine weitere konkrete Umsetzungsmaßnahme ist das angestrebte NPD-Verbot. Es ist ein Baustein in der effektiven Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen. Der Verbotsantrag des Bundesrats wurde am 03.12.2013 beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Inzwischen hat das Bundesverfassungsgericht Termine zur mündlichen Verhandlung Anfang März 2016 angesetzt. Bayern wird das Verfahren weiter intensiv begleiten und unterstützen.

Auch die Gewalt, die von linken Extremisten ausgeht, muss wirksam bekämpft werden. Weder die Propaganda noch die Gewalt des „schwarzen Blocks“ darf verharmlost werden. Es ist nicht hinzunehmen, dass 2015 bundesweit wieder eine erhebliche Anzahl an Polizeibeamten im Rahmen linksextremer Gewaltausbrüche verletzt wurde. Daher haben wir in Bayern dafür gesorgt, dass die Vermummung bei Demonstrationen wieder als Straftat geahndet wird, denn die Praxis beweist: Wer sich verummmt, wirft auch Steine. Es ist auch nicht hinzunehmen, dass Linksextremisten zunehmend versuchen, durch Gewaltanwendung die Grundrechte politisch Andersdenkender zu beschneiden.

7. Der Radikalisierung vorbeugen – präventive Maßnahmen verstärken

Schließlich gilt es, auch präventiv gegen die Umtriebe von Islamisten vorzugehen und junge Menschen den Fängen radikaler Hassprediger zu entreißen. Die Radikalisierung Jugendlicher muss bereits im Keim erstickt und der Ausstieg aus radikalislamischen Gruppierungen unterstützt werden.

Und hier sind nicht nur die Sicherheitsbehörden gefordert. Dies ist eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabenstellung, die nur in der Breite durch unterschiedliche Präventionsträger erfolgreich sein kann. Dies schließt Bereiche der Bildungsarbeit ebenso mit ein wie Maßnahmen aus dem Bereich der Integrations- und Sozialpolitik sowie der Jugendarbeit oder des Strafvollzug. Dem tragen wir in Bayern bereits Rechnung. Mit dem „Bayerischen Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus“ setzt Bayern ein Zeichen im Kampf gegen religiös motivierten Extremismus und Gewalt. Das bayerische Netzwerk besteht aus zwei Säulen und deckt damit systematisch die beiden Bereiche Prävention und Deradikalisierung ab. Dieses Netzwerk muss weiter ausgebaut werden. Die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel und personelle Ausstattung müssen auf Dauer sichergestellt werden.

Mit der Einrichtung der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) treten wir rechts- und linksextremistischen Bestrebungen entgegen. Die BIGE ist ein wichtiger Baustein des Anfang 2009 von der Bayerischen Staatsregierung beschlossenen Handlungskonzepts gegen Extremismus. Im Schwerpunkt ist sie Ansprechpartner für Bürger, Kommunen und Schulen.

8. Muslimische Organisationen müssen mehr gegen Radikalisierung unternehmen

Dschihadistische Terroristen legitimieren ihr Handeln indem sie sich auf eine Art islamische Theologie des Todes berufen, die unter Bezugnahme auf apokalyptische Visionen aus der Frühzeit des Islam barbarischste Gewaltexzesse rechtfertigt und Attentätern zugleich einen über ihren Opfern stehenden moralischen Status zuweist. Offenbar wird diese Art von Theologie für eine wachsende Zahl junger Muslime in Nahost oder auch Europa immer attraktiver. Jedenfalls konnte der „Islamische Staat“ binnen weniger Jahre mehr Dschihadisten mobilisieren als jede andere Terrororganisation.

Daher sind vor allem auch die muslimischen Organisationen in Deutschland aufgefordert, dem auch theologisch und politisch massiv entgegen zu treten. Sie müssen die Verbreitung der Ideologie, dass Dschihadisten einem „göttlichen Auftrag“ folgen, wenn sie Wegbereiter eines „Kalifates“ zur „Endschlacht gegen das Böse“ sind, deutlicher als bisher bekämpfen.

9. Zusammen gegen den Terror statt billige parteipolitische Manöver

Es ist an der Zeit, dass die anderen politischen Kräfte ihre pawlowschen Reflexe wirksam therapieren lassen, mit denen sie auf nahezu jeden sicherheitspolitischen Vorschlag der CSU reagieren, zumal sie nach den ritualisierten Zurückweisungs- und Empörungsphasen regelmäßig auf die Vorschläge der CSU eingehen.

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass es absolute Sicherheit weder vor Straftaten noch vor Terroranschlägen geben kann. Freiheit ist nicht ohne Sicherheit denkbar, beide bedingen sich vielmehr gegenseitig. Wer in der politischen Verantwortung steht, muss alles technisch und rechtlich Mögliche tun. Angriffe gegen unsere Bürgerinnen und Bürger sowie gegen unsere freiheitliche-demokratische Grundordnung zu unterbinden; denn nur wer in Sicherheit lebt, kann seine Freiheit entfalten.